

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung mit Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alsterterrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11688

Die Lohnbewegungen unseres Verbandes im Jahre 1924.

Nach den langen Jahren dauernden Niederganges, die selten von kurzen Perioden einer scheinbaren Konjunktur unterbrochen waren, machten sich 1924 erstmals die Anzeichen eines langsamen Aufstieges bemerkbar. Verelendung hatte unter den katastrophalen Wirkungen der Inflation einen kaum mehr zu überbietenden Punkt erreicht und die Stabilisierung wurde, obgleich im Anfang eine weitere Zunahme der Arbeitslosen den brachte, als Umkehr von dem unweigerlich in den Vordergrund führenden Weg allgemein als eine Erlösung empfunden.

Der Gedanke einer Wiedkehr des Milliarden- und Millionenwahnwüthens macht uns erschrecken, haben doch die um das tägliche Brot allzutiefe Erinnerungen hinterlassen. Daneben ist der Verschleiß an Kleidung, Wäsche, Haushaltungsgegenständen so gründlich gewesen, daß Erneuerung und noch lange Jahre hindurch schwere Wege bereiten wird. Es darf nicht übersehen werden, das kulturelle Niveau erst gehoben werden kann, wenn elementarsten Bedürfnisse an Nahrung, Kleidung und Wohnung befriedigt sind, und die Aussichten sind bei der kranken Gesundung unseres Wirtschaftslebens zur Zeit noch gar nicht günstig.

Wie alle Gewerkschaften, hat es auch unser Verband der Hauptsache seinem im Innern durchaus gesunden Kern zu verdanken, daß er die schweren Zeiten des Krieges überdauert hat und darauf folgenden Inflationsjahre überstanden. Waren doch die Anforderungen an seine Leistungsfähigkeit im Gegensatz zu seinen ihm zur Verfügung gestellten Mitteln dauernd gewachsen. Bis zum Ende des Quartals 1924 war fast die ganze Berufstätigkeit lahmgelegt. In diesen Filialen waren fast alle Kollegen arbeitslos oder, soweit sie Beschäftigung hatten, außerordentlich tätig. Das völlige Daniederliegen des Gewerbes begünstigte die Bestrebungen der Unternehmer auf möglichst niedrige Lohnfestsetzungen, besonders auch deshalb, weil der Umstellung auf Goldwährung ein starkes Sinken der Warenpreise und eine Unsicherheit in den Lohnfestsetzungen eintrat, die besonders durch den Hungerwertbeständigem Gelde verurteilt war und sowohl Produzenten wie Händler zu einem schnellen Abstoßen der durch die Inflation erzeugten Waren veranlaßte. Aber die Preise haben sich von der Unsicherheit bald freimacht, eine neue Preissteigerung setzte ein und hielt das ganze Jahr hindurch ununterbrochen an. Die Unternehmungen der Nachkriegszeit mühelos wieder beseitigen zu lassen.

Mit der beginnenden Konjunktur begann denn auch die Periode scharfer Kämpfe, die von unserer Seite um Erbringung eines auskömmlichen Lohnes geführt oder von den Unternehmern aufgezwungen wurden, wollten den Achtstundentag und sonstige Vergünstigungen aus den letzten Jahren nicht kampflös preisgeben. Die große Zahl von Lohnbewegungen wie in den vergangenen Jahren, wo monatlich, dann vierzehntägig, und später nicht wöchentlich um die Festsetzung neuer Löhne gerungen werden mußte, ist aber nicht mehr erreicht worden. Insgesamt wurden 896 Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen in 26 232 Betrieben mit 68 219, davon 614 weiblichen Beschäftigten 218 Bewegungen mit Arbeitseinstellungen in 1797 Betrieben mit 6690, davon 39 weiblichen Beschäftigten und einer Gesamtdauer von 1 Streiktagen durchgeführt, gegen 6677 Bewegungen 211 Bewegungen im Jahre 1923.

Für das Malergewerbe war der Reichstagsbeschluss am 15. Februar 1924 abgelaufen. Trotz mehrtägiger Verhandlungen konnte eine Einigung über das neue Vertragsmuster nicht erzielt werden, da die Forderungen der

Unternehmer auf Beseitigung der 48stündigen Arbeitszeit und der Ferien von uns strikte abgelehnt wurden, nachdem dieses zur Prinzipienfrage gemacht worden war. Durch gegenseitige Vereinbarung hat man hierauf den Vertrag im vollen Wortlaut auf unbestimmte Zeit, das heißt bis zur Regelung der Frage der Arbeitszeit im Baugewerbe verlängert, bei dem diese Angelegenheit gleichfalls zur Entscheidung stand und auch heute noch der endgültigen Entscheidung harret. Den Beschluß des Haupttarifamtes machten sich auch die übrigen zentralen Tarifgruppen und die Mehrzahl der örtlichen Lohngebiete zu eigen, so daß für das Malergewerbe im Berichtsjahre lediglich Differenzen über die Lohnhöhe zu regeln waren. Es kamen zur Durchführung: 325 Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen in 1649 Orten mit 24 445 Betrieben und 49 209 Beschäftigten. Dabei sind alle auf zentraler Grundlage erledigten Bewegungen ohne Rücksicht auf die Zahl der in Frage kommenden Lohngebiete nur je als eine Bewegung gezählt. Ferner 10 Angriffstreiks in 12 Orten mit 1059 Betrieben und 1751 Beschäftigten, 2 Abwehrstreiks in 2 Orten mit 31 Betrieben und 152 Beschäftigten und eine Aussperrung in Danzig, von der 8 Orte mit 64 Betrieben und 295 Beschäftigten betroffen wurden.

In Lackereien und Industriebetrieben zählten wir 490 Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen in 244 Orten mit 1160 Betrieben und 11 230, davon 384 weiblichen Beschäftigten. Außerdem mußten 81 Bewegungen in 86 Orten mit 627 Betrieben und 7780, davon 230 weiblichen Beschäftigten zur Abwehr von Verschlechterungen, besonders gegen die beabsichtigte Beseitigung des Achtstundentages geführt werden. Hinzu kommen noch 13 Angriffstreiks in 14 Orten mit 16 Betrieben und 345, davon 4 weiblichen Beschäftigten; 12 Abwehrstreiks in 14 Orten mit 86 Betrieben und 558, davon 7 weiblichen Beschäftigten und 84 Streiks anderer Berufsgruppen, bei denen 278 Mitglieder in Mittelebenshaft gezogen waren. Das weiteren sind 3157 männliche und 28 weibliche Berufsangehörige bei 96 Aussperrungen in 123 Orten mit 349 Betrieben auf die Dauer von 3174 Tagen ausgesperrt worden.

Dem Verband erwuchs aus diesen Kämpfen eine Gesamtausgabe von 123 081,57 Goldmark, von denen 115 889,60 M auf Streiks und Aussperrungen und hiervon 94 649,66 M auf unsere Kollegen in Lackereien und Industriebetrieben entfielen.

Im Malergewerbe, das vom Beginn des 2. Quartals bis nahe an den Jahresabschluss heran eine recht gute Konjunktur hatte, ist es gelungen, annähernd den Friedensreallohn zu erreichen — „allerdings unter Zugrundelegung der die wirklichen Verhältnisse der Arbeiterschaft nicht berücksichtigenden amtlichen Indizes“. Stellen wir die Erfolge durch die Bewegungen zusammen, so ergibt sich, daß die Stundenlöhne wie folgt erhöht wurden:

Höhe der Zulage pro Stunde	Lohngebiete	Betriebe		Beschäftigte	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Bis zu 10 M	39	1 243	5,3	2 845	6,0
11 bis 20 "	351	12 197	51,6	23 241	48,8
21 " 30 "	152	7 918	33,9	17 576	36,9
31 " 40 "	24	2 009	8,5	3 580	7,4
41 " 60 "	2	166	0,7	451	0,9
Zusammen...	568	23 435	100,0	47 693	100,0

Schwieriger lagen die Verhältnisse in der Industrie, wo der Geschäftsgang, vielleicht mit Ausnahme der Automobil- und Karosseriebranche, außerordentlich schlecht war. Nicht selten veranlaßte die durch Kreditnot und Absatzrückungen hervorgerufene Krise eine Umstellung der Betriebe gewisser Industriezweige, daß Berufsangehörige nur in stark verminderter Zahl oder gar nicht mehr beschäftigt wurden. Außerdem wirken sich die Verhältnisse durch die Kollektivabkommen vielfach in einer Richtung aus,

die es den kleineren Berufsgruppen unmöglich macht, ihre Forderungen zur Geltung zu bringen, und zwingt sie, sich den Abmachungen der in den Betrieben maßgebenden Verufe unterzuordnen. Das aggressive Vorgehen der Industriegewaltigen auf Verlängerung der Arbeitszeit konnte nicht immer mit Erfolg zurückgewiesen werden, was nicht zuletzt auch auf die weitgehende Uneinigkeit vieler Arbeiterkreise zurückzuführen ist. Immerhin konnten trotz der ungünstigen Konjunktur Lohnerhöhungen für 12 888 männliche und 888 weibliche Berufsangehörige von insgesamt 97 222 M die Woche oder im Durchschnitt für den einzelnen 7,68 M erreicht werden.

Die Erfolge an wöchentlichen Lohnerbesserungen für Maler und Lackierer durch Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellungen belaufen sich auf 570 283 M und verteilten sich wie folgt:

Höhe der Zulage pro Woche	Betriebe	Beschäftigte	Insgesamt M.
Bis zu 6 M	4 723	13 980	66 645
6,01 bis 12 "	16 414	39 189	368 541
12,01 " 18 "	2 823	5 985	84 294
18,01 " 24 "	1 417	3 114	62 891
über 24 "	2	110	2 912
Zusammen...	25 379	62 378	570 283

Das entspricht einer durchschnittlichen Lohnerhöhung für den einzelnen um 9,48 M die Woche durch Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen und von 4,75 M die Woche durch Bewegungen mit Arbeitseinstellungen. Außerdem konnten für 6898 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erreicht werden.

Durch die Abwehraktionen des Verbandes ist eine beabsichtigte Lohnrückbildung von 2424 M oder im Durchschnitt für jeden der 620 beteiligten Kollegen von 3,91 M die Woche und eine Verlängerung der Arbeitszeit für 380 Beschäftigte von insgesamt 1892 Stunden die Woche abgewehrt worden. 6062 Beschäftigte, meist in den Großbetrieben der Industrie, mußten eine Verlängerung der Arbeitszeit, in der Regel von 48 auf 54 Stunden auf sich nehmen.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren konnte wieder eine Angleichung an die realen Wirtschaftsverhältnisse erstrebt und vielfach auch erreicht werden. Das Tarifwesen hat einen weiteren Ausbau erfahren. Wenn auch die Zahl der in Geltung befindlichen Tarife um 10 zurückgegangen ist, konnten doch 1324 Betriebe mehr in das Vertragsverhältnis einbezogen werden als im Vorjahr. Es bestanden am Jahresabschluss und gingen in das Jahr 1925 über:

384 Reichstarife	für 16 616 Betr. mit 35 130 Besch.
97 rhein.-westf. Landestarife	" 4 797 " " 8 515 "
24 schlesische Landestarife	" 897 " " 1 656 "
11 Münsterländ. Tarife	" 213 " " 287 "
6 M.-Glabbacher Tarife	" 248 " " 318 "
47 örtliche Tarife	" 980 " " 2 021 "
52 Industrietarife	" 755 " " 7 959 "
Zusammen...	621 Tarife für 24 506 Betr. mit 55 886 Besch.

In unserer Jahrbuch für 1924, das die Lohnbewegungen weit eingehender behandelt und besonders ausführlich die gepflogenen Verhandlungen würdigt, ist das gesamte Material durch eingehende Tabellen erläutert und zum Vergleich die Stundenlöhne am jeweiligen Jahresabschluss seit 1913 übersichtlich zusammengestellt. Sorgfältiges Studium gibt jedem Kollegen ein ganz vorzügliches Lern- und Werbematerial in die Hand, aus dem hervorgeht, daß die Organisation unüberwindlich ist, wenn sie alle Berufsangehörigen von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses überzeugen kann. Alle Pläne und Absichten der Unternehmer, mögen sie sich auf eine Verlängerung der Arbeitszeit, auf die Beseitigung des ohnehin ungenügenden Arbeitsurlaubes, einen Abbau der Sozialgesetze oder gar auf eine Herabsetzung des unbedingt notwendigen Lohnneinkommens richten, werden und müssen an der Einigkeit und Geschlossenheit der beruflichen Arbeitnehmer elendiglich zerfallen.

Was tut der Jugend nol?

Aue einer Anzahl Filialen wissen wir, daß die Zahl der am letzten Oben in den Beruf neu eingetretenen Lehrlinge bedeutend höher ist, als in den vorhergehenden Jahren. Die Hauptursachen werden wirtschaftlicher Natur sein. Nachdem seit dem Frühjahr 1924 im allgemeinen in unsem Berufe eine gute Konjunktur besteht, wir aber auch mit den Löhnen vorwärtsgelommen sind, macht sich ein immer größerer Zutrauen von Lehrlingen zu unsem Gewerbe bemerkbar. Das mag zum Teil auch mit an den Berufsberatungstellen liegen, die den wirtschaftlichen Aufschwung im Malergewerbe bemerkend, die Nachsuchenden besonders auf diesen Beruf hinweisen.

Rum, wir haben, nachdem durch die Tatsachen erwiesen wurde, daß die geleierten Kräfte im Berufe bei guter Konjunktur nicht zur Bewältigung der Arbeiten ausreichen und viele Ungelehrte hineingenommen werden müßten, vorläufig keine Ursache, uns dagegen zu wenden. Aber, eine andere Pflicht erwacht uns. Wir haben mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß die Lehrlinge nicht von den Meistern nur als billige Arbeitskräfte angesehen werden, sondern daß ihre Lehrzeit auch wirklich dazu dient, sie zu tüchtigen, mit allen Arbeiten vertrauten Gehilfen heranzubilden. Das kann dadurch geschehen, daß sich die Kollegen der Lehrlinge auf den Arbeitsstellen ganz besonders annehmen. Es muß auf alle Fälle mit dem Beruf aufgeräumt werden, den Lehrling stets die schlauesten und unangenehmsten Arbeiten ausführen zu lassen. Dabei lernt er nichts, aber es trägt dazu bei, dem Lehrling den Beruf zu verfehlen. Wer sich noch an seine eigene Lehrzeit erinnert, wird das bestätigen müssen.

Man sollte aber noch einen Schritt weiter gehen. In den Fällen, in denen von den Kollegen die Feststellung gemacht wird, daß der Meister seine Pflicht als Lehrmeister veräumt, sollten sie ihm Vorhaltungen machen und versuchen, für Abänderung zu sorgen. Gehingt ihnen das nicht, muß Meldung an die Filialverwaltung erstattet werden. Gehört der Meister einer Innung an, wird es sich auch empfehlen, dem Gesellenauschuß die Angelegenheit zu unterbreiten, damit er dann in der Innungsversammlung vorbringt werden kann. Man sage nicht, daß wir an der fachgewerblichen Ausbildung der Lehrlinge kein Interesse hätten; die das sagen, denken allzumehr daran, daß der Lehrling nicht für immer Lehrling bleibt, sondern schon nach einigen Jahren als Gehilfe neben uns steht. Aber wehe, reichen seine Kenntnisse und Fähigkeiten dann nicht aus, um im Berufe vorwärts zu kommen! Wie leicht wird er, es selbst einsehend, billiger zu arbeiten bereit sein, oder aber, um allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, im Deer der Ungelehrten untergehen; 3 bis 4 Jahre seines Lebens sind umsonst geopfert. In vielen Fällen wird eine tiefe Bitterkeit gegen die ihre Pflicht vernachlässigenden Gehilfen und gegen den Lehrmeister in ihm zurückbleiben und vielleicht seinen späteren Lebenswandlung ungünstig beeinflussen, sein Lebensglück zerstören.

Man sollte anders bei, der sich seines sachlichen Stimmens bewußt ist. Er wird dem Meister mit viel größerer Sicherheit entgegenreten, einen antändigen Lohn und gute Arbeitsverhältnisse fordern. Auf ihn werden sich die Kollegen als guten Kameraden verlassen können. Darum fördern auch der Vorstand mit allen Kräften die berufliche Ausbildung der Lehrlinge, welchem Zweck auch die Malervorlagen dienen sollen. In Zukunft werden es solche sein, die von Lehrlingen selbst angefertigt wurden. Die ersten, entworfen von Lehrern der Hamburger Gewerbeschule, kommen mit der nächsten Nummer des „Maler-Lehrling“ zum Verstand. Wir hoffen, daß sich auch Lehrlinge in andern Orten finden werden, die uns mit gutem Material für die Vorlagen zu unserer Lehrlingszeitung beliefern. Näheres darüber werden wir noch im „Maler-Lehrling“ bekanntgeben. Es freut uns sehr, daß man uns auch dazu übergeheißelt. In der nächsten Nummer in den verschiedensten Ländern: Delegation, Schiefer, Holz und Marmor usw. einzusetzen. So haben denn ebenfalls zu einer guten beruflichen Ausbildung beigetragen. So müssen wir mit allen Mitteln dafür sorgen, daß die Lehrlinge die in ihrem Beruf bestmögliche Ausbildung erhalten. Das ist das erste, was der Jugend nützt.

Aber damit hat es nicht sein Bewenden haben. Wir wollen nicht nur tüchtige Fachgewerker heranbilden helfen, wir wollen unsere Jugend auch zu tüchtigen Gemeinwesen erziehen. Ein Väterverständnis nach der Richtung hin würde sich später schwer rächen. Es könnte sein, daß ein fachlich tüchtiger Junggehilfe seine Arbeitskraft allzu billig verkaufen würde. Für eine gute Leistung auch eine entsprechende Bezahlung, das muß unser Grundgedanke sein.

Die Heranbildung der Jugendlichen zu guten Gewerkschaftlern hat sich gerade in den letzten Jahren als dringender notwendig erwiesen. Wenn zu viele und besonders auch Jugendliche in der Zeit der Inflation und nachher den Unversicherten unterworfen sind, so beruhet das in erster Linie auf ihrer mangelhaften gewerkschaftlichen Schulung. Ihnen fehle noch der Seherblick, um die Grenzen der Erwerbsmöglichkeiten, aber auch die gerade in dieser kritischen Zeit dringende Notwendigkeit Einzelheit und Geselligkeit der Gewerkschaft zu erkennen. Dabei wachsen die Aufgaben der Gewerkschaften dauernd. Die wirtschaftlichen Fragen sind es die heute im Vordergrund der Erörterungen stehen, neben manchen anderen die politischen Forderungen der Arbeiterschaft. Der Kampf um die Umwandlung 1918 erfüllt ist. Das geht über der Grundgedanke in das gemeinsame Verhalten der Gewerkschaften. Kommandiert in alle, der Kampf um die Umwandlung der Gewerkschaften und darüber hinaus die Umwandlung der Gewerkschaften in Gewerkschaften. Darum beschäftigen sich der Gewerkschaften neben den beruflichen Fragen auch mit politischen Fragen. Der Allgemeinheit, aber, wenn es um die Umwandlung der Gewerkschaften geht.

Die vom Vorstand geleistete Arbeit und die von ihm getroffenen Maßnahmen genügen aber nicht, um die Lehrlinge in fachlicher und gewerkschaftlicher Hinsicht so zu bilden, wie es notwendig ist, wenn die Jugend bereit ist Besseres leisten soll, als es uns möglich ist. Eine tatkräftige Mitarbeit in der Filiale ist dazu Vorbedingung. Wohl wissen wir, welche Schwierigkeiten auch hier diesem Vorhaben oft entgegenstehen, aber die Tatsache, daß es in einigen Filialen möglich war, Vorbildliches zu leisten, zeigt, daß sie nicht unüberwindlich sind. Daß man der Jugend Abwechslung und neben den Lehrvorträgen auch solche zersprender und humoristischer Art bieten muß, wenn man ihre Interesse an den Veranstaltungen der Organisation wachhalten will, darf nicht außer acht gelassen werden. Dabei wird es sich stets empfehlen, sie selbst zur Mitarbeit mit heranzuziehen.

So müssen alle Kräfte zusammenwirken, um den jungen Nachwuchs in beruflicher und gewerkschaftlicher Hinsicht den höchsten Grad der Leistungsfähigkeit und Erkenntnis erlangen zu lassen.

Der Kampf um die Zollvorlage.

Wenn wir uns die Zollvorlage der Reichsregierung in ihrer Gesamtheit ansehen, so erkennen wir sehr bald ihren wahren Charakter. Was hier dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft auferlegt werden soll, ist ein System des fast lückenlosen Hochschutzes. Der Zoll ist lückenlos; denn er umfaßt nicht nur die industriellen Fertigfabrikate, sondern auch eine große Reihe von Rohstoffen der Industrie und der Landwirtschaft. Er enthält vor allem auch, was für die Massen der Verbraucher am wichtigsten ist, einen fast lückenlosen Zollschutz aller Lebensmittel, einschließlich der Hauptnahrungsmittel der ärmsten Klassen der Bevölkerung, Brot, Kartoffeln und Margarine. Es ist ein ausgesprochener Hochschutzzoll; denn gegenüber den gewöhnlich niedrigen Zöllen der Vorkriegszeit sind in dem Regierungsentwurf beträchtliche Erhöhungen, zum Teil Verdoppelungen und Verdreifachungen vorgehoben, bei einzelnen Erzeugnissen, wie bei den für die Landwirtschaft so wichtigen Motorpflügen, beträgt der neue Zollsatz sogar das Doppelte der Vorkriegszeit.

Da die Regierung den parlamentarischen Körperschaften allzuwenig Zeit zur Prüfung der Vorlage gelassen hat, sollte man wenigstens annehmen, daß diese Vorlage selbst auf das allergründlichste vorbereitet sei und vor allem die amtliche Begründung, die die Regierung dazu gegeben hat, ein Muster von Sachlichkeit und wissenschaftlicher Gründlichkeit wäre. Das genaue Gegenteil ist festzustellen. Wie überaus dürftig diese Begründung der Regierungsvorlage ist, das zeigt die einmütige Ablehnung, die sie in den Kreisen der Wirtschaftswissenschaft gefunden hat. Der Direktor des Instituts für Volkswirtschaft und Seeverkehr, Geheimrat G a r m s, hat bei seiner Vernehmung vor dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine Meinung darüber klar und hart in dem Satz zusammengefaßt: „Wissenschaftlich ist diese Vorlage Makulatur“. Professor Beckmann der Volkswirtschaftslehre an der landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn, sagte von dieser Begründung, daß sie miserabel sei und deshalb der Zoll durchfallen müßte.

Das deutsche Volk soll also in einer wichtigen Schicksalsfrage, von der die ganze künftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens abhängt, in eine Entscheidung hineingebekelt werden, die von den Vertretern der Wissenschaft fast übereinstimmend als völlig unsinnig und den Interessen der deutschen Wirtschaft direkt zuwiderlaufend bezeichnet wird. Die warnenden Stimmen der Wissenschaft drohen ungehört zu verhallen. Es besteht die allgrößte Gefahr, daß das deutsche Volk trotz aller Warnungen in einen Abgrund hineintaumelt und sich selbst den Weg zum wirtschaftlichen Niederaufstieg verbaut. Den Massen der Verbraucher sollen unerträgliche Lasten auferlegt werden, um wenigen Begüterten die Taschen zu füllen. Diesem gewissenlosen Treiben muß die organisierte Arbeiterschaft, müssen die organisierten Massen der Verbraucher ganz entschieden entgegenreten. Sie müssen ihre Stimmen so kräftig erheben und ihrer Empörung über den beabsichtigten Raubzug weniger mächtiger Großproduzenten einen so mächtvollen Ausdruck verleihen, daß sie nicht überhört werden können. Sie müssen das gesamte Volk, in erster Linie die arbeitenden Massen unermülich aufklären! Jeder Arbeiter, jede Arbeiterfrau muß begreifen lernen, daß es sich hierbei um ihre allerpersönlichsten Angelegenheiten handelt. Sie dürfen es nicht zulassen, daß man über ihren Kopf hinweg die wirtschaftlichen Angelegenheiten nur nach dem Willen des Großkapitals in Industrie und Landwirtschaft entscheidet!

Welche ungeheuren Werte hier in Frage stehen, wie groß die Summen sind, die die Zollinteressenten bei dieser Gelegenheit einzusparen gedenken, wie erdrückend die Belastung ist, die dabei auf den einzelnen Haushalt entfällt, dafür seien kurz einige Zahlen angeführt. Allein die Agrarzölle, die Zölle auf Brotgetreide und Viehprodukte brachten nach sorgfältigen wissenschaftlichen Berechnungen vor dem Kriege der Landwirtschaft einen Sondergewinn von 1 1/2 Milliarden Mark jährlich. Die Belastung des einzelnen Arbeiterhaushaltes schwankt natürlich je nach der Zahl der Familienangehörigen und je nach dem Einkommen. Und gerade das ist ja das Unsoziale an dieser Belastung: sie wird um so schwerer, je kinderreicher die Familie und je geringer ihr Einkommen ist. Vor allem die Familie mit dem niedrigsten Einkommen muß den größten Teil ihrer Gesamtausgaben auf die unentbehrlichsten Lebensmittel verwenden. Nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit dürfte damit zu rechnen sein, daß die geplanten Lebensmittelszölle den Haushalt einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie mit etwa 150 M. jährlich belasten werden, einer Ergänzungsbezahlung, die natürlich an andere Ausgaben, und wenn sie noch je nötig sind, gewaltig erparzt werden muß. Aus daß für die Arbeiterschaft wenig Aussicht besteht, diese Sonderbelastung durch Lohnerhöhung reifen von sich abzumwälzen, dafür dürfte durch die Ergebnisse der Lohnverhandlungen in der letzten Zeit der deutlichste Beweis geliefert worden sein.

Im Reichstag hat die Zollvorlage bereits zur Geltung gefunden. Fast alle Parteien, außer den Sozialdemokraten, haben sich zu dem Wechselbalg der Reichsregierung recht zurückhaltend ausgesprochen. Namentlich ist die Lage dem Handelspolitischen Ausschuss überlesen. Die werktätige Bevölkerung heißt es, was auch sein geht es darum, ein großes Unglück zu verhüten, das dem deutschen Volk den Weg zum Wiederaufstieg für allzeit verbauen kann. Einstweilen müssen aber alle braven Deutschen, die sich wieder einmal ihre Rechte ihre Interessenvertreter in den Reichstag bestellt darüber nachdenken, in welcher Weise sie bei den Reichstagswahlen über den Völkchen barbiert worden. Vielleicht dämmert es auch bei ihnen noch einmal.

Zoll und Lebenshaltung.

Die Einführung von Schutzzöllen bedeutet, auch die Arbeiterschaft eine Lohnerhöhung erzwingen, immer eine Senkung des Reallohnes und Verschlechterung der sozialen Lage. Bei Gelegenheit der Kämpfe um Büllow-Zölle hat der bekannte Volkswirtschaftler Mombert die Auswirkung von Schutzzöllen in dem Inhalt von 75 Arbeiterfamilien untersucht. Er hat seine Feststellungen in dem bekannten Buch „Die Belastung Arbeitseinkommens durch die Kornzölle“ niedergelegt, nach betrug

Bei einem Kornzoll pro Doppelcentner	in Mark	Durchschnittsbelastung in Prozent des Einkommens
von 3,50 M.	91,8	3,64
5,- "	45,4	5,20
7,50 "	68,1	7,80

Mombert hat seiner Untersuchung, die er in Jahren 1900/01 vornahm, ein Durchschnittseinkommen 1186,8 M für die einzelne untersuchte Familie angelegt. Das entspricht einem Tagesverdienst von 3,80 M. Heute stellen sich die Reallohne höher. Um die Mombertschen Ergebnisse der Gegenwart anzupassen, ist es also notwendig, zu zeigen, wie die Belastung durch den Kornzoll entfällt. Es ergibt sich dann folgendes:

Bei einem Kornzoll pro Doppelcentner	Arbeitstage für Kornzoll	in Tagen
3,50 M.	8,4	19
5,- "	12	27
7,50 "	17,9	38

Wie bekannt, verlangen die Großlandwirte heute Kornzoll, der über 7,50 M pro Doppelcentner liegt. Die Forderung durchgedrückt wird, bedeutet das eine hehre Belastung der Arbeiterschaft. Die Folgen der sich am ersten darin zeigen, daß die kulturellen Ausgaben im Haushalt des Arbeiters eingeschränkt werden, also die Ausgaben für Bildungsbestrebungen, also Zeitung, Musik und Theater usw. Der Kornzoll bedingt so ganz entschieden ein Herunterdrücken des Wohlstandes eines ganzen Volkes. Aber noch mehr: Heute reicht das Einkommen weiter Schichten kaum noch hin, die Kosten für die nackte Lebenshaltung zu bestreiten. Man muß bedenken, daß die Stadt Berlin heute Sommer 1925, mehr als den doppelten Prozentsatz an ernährter Schulkinder hat, gegenüber dem letzten Friederichjahr. Dabei kann Berlin, obwohl die Milchzufuhr hinter den Friedensjahren liegt, täglich 200 000 bis 300 000 Liter Milch nicht aufnehmen und verbrauchen, weil Einkommen der arbeitenden Bevölkerung nicht ausreicht. Es gehört schon mehr als eine eiserne Stirn dazu, sich dieser Tatsache eine weitere Verschlechterung Lebenshaltung durch Kornzölle zu empfinden. Dabei bedacht werden, daß sich Kornzölle immer in einer Steigerung der Mieten auswirken. Wir machen diesen Zusammenhang durch folgende Zahlenzusammenfassung, die wir der preussischen Statistik entnehmen:

Getreidepreis	1895/97	1898/1900	1907/1900	1919
a) Weizenpreis 10 dz.....	165,-	M. 161,-	M. 202,-	M. 211,-
b) Roggen.....	148,-	135,-	187,-	188,-
Zoll				
pro dz.....	3,50	8,50	5,50	5,50
Bodenpreis für Stücklandereien				
a) für Größenklasse 20-100 ha, Jnder	100	96	188	188
b) Größenklasse 100-500 ha, Jnder	100	68	329	329

Der Zoll bedingt, wie aus unserer Aufstellung borgeht, eine fast vierfache Steigerung des Bodenpreises. Damit hängt die Steigerung der Mieten zusammen, in Deutschland seit der Einführung der Kornzölle zu beobachten ist. Die Verteuerung der Wohnung bedeutet Vermehrung des sozialen Elends, das in der schlechten ungenügenden Wohnung seinen Grund hat.

Ueberstundenarbeit.

In allen Bevölkerungsschichten besteht seit jeher die Auffassung, daß Renovierungen an ihren Wohnungen sonstige Aufträge an Malerarbeiten nur in einer bestimmten Zeit des Jahres zweckmäßig auszuführen sind. Wenn diesem Verlangen der Malermeister nicht entsprechen kann, so erlebt man nur zu oft, daß die Ausführung der betreffenden Arbeiten einfach auf das folgende Jahr verschoben wird, anstatt sie in den Wintermonaten ausführen zu lassen. Weil selbst die Behörden hierbei mit recht schlechtem Beispiel vorangehen, so ist durch das Malergewerbe zum Saisongewerbe gestemmt. Um diesem Mißstande zu begegnen, haben die beteiligten am Reichstarifvertrag beteiligten Organisationen wiederholt Schritte unternommen, um den Saisoncharakter des Malergewerbes abzuschwächen und den Berufstätigen ständige Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Für die Arbeitgeber ist bestimmend, sich die im Betriebe eingearbeiteten Leute zu erhalten. Es kann ja auch gefolgnet werden, daß das Gewerbe von vornehmlich tüchtigeren Arbeitskräfte heranzieht, wenn dauernde

ung im Gewerbe in Aussicht steht. Zum andern es zu, daß die alljährlich regelmäßig wiederkehrende Blöße vielfach die einzige Triebfeder zum Selbstmachen ist. Die bescheidenen Erfolge, die bei diesem der Vertragskontrahenten erreicht wurden, löst nicht weiter vervollkommen, ja, sogar durch die Anzeichen des Gewerbes selbst wieder zerstört werden. daß die Malermeister auf ihre Kundenschaft mit ein wenig eilige Arbeiten auf die Wintermonate zu unterstützen sie vielfach noch die Kundenschaft in trigen Ansicht. Wenn dann in der Zeit der besten Natur ein Mangel an Facharbeitern in Erscheinung man mit seinem Urteil schnell fertig, und in der Zeit macht man dann einfach den „Achtstundentag“ verantwortlich. Dertweil waren die Zustände als man noch die längere Arbeitszeit hatte, nicht anders. Die Furcht, daß ein Stück Arbeit schließlich dem Kollegen weggenommen werden könnte, ist mitemend, der Kundenschaft alles zu versprechen, wenn auch von vornherein weiß, daß man nicht genügend Kräfte hat, um die Arbeit in der vorgeschriebenen Zeit aufzustellen. Die Schwierigkeiten, die dann unüberwindlich sind, sucht man dann zu beheben, indem man gewöhnliche Anstricharbeiten Berufsfremde einstellt. Hieren Arbeiten, wo solche Arbeitskräfte nicht zu bekommen sind, läßt man Gehilfen und Lehrlinge überarbeiten. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes bei erhobenen Beschwerden oft ein, daß sich die Gewerkschaften überstunden freiwillig anbieten, ja, es behauptet, nicht selten unter Verzicht auf die tarifliche Zuschläge für Überzeitarbeit. Sollte dieses der Fall sein, kann es nicht scharf genug von der Situation verurteilt werden. Andernteils ist uns aber genüge bekannt, daß seitens der Arbeitgeber die Regelung der tariflichen Zuschläge unter allerhand Winkelstreitig gemacht wird, indem man das Arbeitszeit und anderes mehr heranzieht, was oft nur zu leicht mkenntnis der Dinge geglaubt wird. Wollte man wie es sich in letzter Zeit entwickelt hat, freien Lauf zu lassen damit der Schmutzkonzurrenz Tür und öffnet. Nun ist es leider allgemeine Ansicht der geber, der Achtstundentag müsse in unserm Gewerbe teilt werden, daß im Jahresdurchschnitt auf jeden tag 8 Stunden entfallen. Dieser Standpunkt wurde einer Innungsversammlung in Bremen als der angepriesen, der das Gewerbe retten könne. Man se Erörterung auch eingehend in der Presse berichtet, so daß die Kundenschaft in ihrer falschen Ansicht mehr bestärkt wird. Des weiteren hatte das zur daß sich im Malergewerbe in letzter Zeit Zustände gebildet haben, die bisher unbekannt waren. Die der realen Geschäfte haben nun eingesehen, wohin Weg führen muß, und man hat sich im Ortsarbitren recht eingehend damit beschäftigt, wobei man indem einmütigen Beschluß gekommen ist: Überstunden sollen nur in den Fällen, wo andere erbe in Mitleidenschaft gezogen werden, wie bei arbeiten der Kontore, Bäden usw., wie bisher ge werden. Dagegen sind alle andern Überstunden, allen Dingen für Außenarbeiten, unstatthaft und auf das nachdrücklichste verfolgt werden. Die Obmänner sind beauftragt, gegen Firmen, die tige Überstunden machen lassen, die Sperre zu angen.

für erlaubte oder genehmigte Überstunden ist jettets der tarifliche Zuschlag zu zahlen. Andere Abungen sind nicht zulässig.
 Diese Entscheidung ist insoweit als bedeutungsvoll anen, daß sie zunächst die weiteste Rücksicht auf die misse unseres Gewerbes nimmt. Zum andern veran den Zweck, daß die einzelnen Arbeitgeber mit arbeiten sollen, ihre Auftraggeber von ihrer bisher Ansicht abzubringen und einen bestimmten Teil beiten auf die flaute Zeit im Gewerbe zu verlegen. man sich in allen Orten diese Ansicht zu eigen macht, wird dem Gewerbe und seinen Angehörigen ein Dienst erwiesen.

Der Wert der Fachzeitung.

ohl kaum ist in unserer heutigen freudelosen und Zeit etwas weniger entbehrlich als die Fachzeitung, die täglichen Sorgen ins Unendliche wachsen, die Konjunkturverhältnisse alles andere als günstig die Fachzeitung gehört zum Leben, wie das Salz rot. Sie ist das Banner, um das sich die wissenen, an allen Fach- und Berufsfragen interessierten waffen sammeln. Sie ist die vereinigte Meinung einmünder, der billigste technische Ratgeber, die ng aller Vorwärtstrebenden. Sie stellt neue me auf und löst sie gleichzeitig; sie erweitert den a Horizont ihrer Leser, stärkt das Organisations- und lebt und stirbt mit ihren Anhängern. Wo der Kreis einer im wirtschaftlichen Leben stehenden hengruppe infolge weiter Entfernung, sozialer iede oder anderer Ursachen nicht zusammenkommen folgt die Fachzeitung für die Verbreitung der gen; wo irgendwelche sachlichen Fragen öffent- ieressie beanspruchen und die Aufmerksamkeit der en in Anspruch nehmen sollen, werden sie zuerst die Fachzeitung angesprochen. Sie allein vermag der Gehör zu verschaffen, als hundert Eingaben er; denn sie verkörpert die Gesamtmeinung aller. beiteht eben ihr Wert, daß sie Vertreter eines ist, das sie stützt und betreut, denn sie neue und te Wege weist, ohne es am Leitseil zu fähren. er Wert liegt ferner in der Aufklärung ihrer Leser, Aufklärung, die weder durch nebensächliche noch we Ausdrucksformen zu beeinflussen sucht, sondern sachlichen und allgemeinverständlichen Artikeln aris neue Nahrung und Anregung bietet. Kaum war das Aufklärungsbedürfnis für technische und stliche Fragen größer als heute; um so will- ner ist die billige Darreichung wertvollen Spezial- das nur die Fachzeitung zu geben vermag. Das an Sinne so oft geschmähte Fachimpeln ist keines- de Wortklauberei oder spießbürgerliche Umständlich-

keit, sondern eine dem Ganzen dienende, auf den Vorteil des einzelnen bedachte Untersuchung und Klarstellung aller zweifelhaften Punkte.
 Zum dritten aber liegt der Wert der Fachzeitung in ihrer vermittelnden Tätigkeit. Wie wird die Tagespresse in der Lage sein, über die Individualität eines einzelnen Faches, über Marktverhältnisse, Bezugsquellen usw. einer bestimmten Branche so erschöpfend Auskunft zu geben, wie es ein Fachblatt vermag. Die Fachzeitung kennt gewöhnlich nur ein Fach, aber sie kennt es ganz und gründlich. In dieser Beziehung ausgebaut, kann sie zu einer Macht werden, die ihren eigenen Anhängern ehrfürchtiggebietend erscheint, unter der sich die übrige Presse gehoriam und willig beugt.

Eine solche Machtstellung aber kann die Fachzeitung nur dann erreichen, wenn ihr die gebührende Unterstützung aller Interessenten zuteil wird. Diese Unterstützung stellt an die Beteiligten weder Opfer, noch mutet sie ihnen Unmögliches oder Unerfüllbares zu; sie lautet einfach: Best die Fachzeitung! Ueberzeugt Euch davon, was sie bietet. Sie allein kann Euch das geben, was Ihr für Euer Geschäft, Euren Beruf oder Eure Liebhabereien braucht. Gefällt sie Euch, dann empfiehlt sie weiter; gefällt sie Euch nicht, dann teilt es ihr unerböhsten mit und schenkt Euch nicht, Euer Bessermüssen bekanntzugeben. Das Blatt ist Euch dankbar für jeden praktischen verwertbaren Wint, den es erhält. Schafft ihm die Macht, die es braucht, um Eure Interessen durchzusetzen, dann werden Eure Interessen bald zur Wirklichkeit. Die geringe Hilfe, die der einzelne dem Fachblatt dadurch spendet, daß er es liest, fällt stets als Nutzen auf ihn jurid.

Aus unserm Beruf.

Regensburg. Am 20. Juni fanden sich die Mitglieder mit ihren Familienangehörigen zu einer würdigen Feier des 40jährigen Bestehens unseres Verbandes und zum 25jährigen Jubiläum der Filiale im festlich geschmückten Augustiner zusammen. Der Regensburger Volksschor leitete das Fest mit dem Gesang „Trönt den Tag“ ein. Nach einem mit Schwung und Verständnis vom Lührer des Kollegen Mannheim vorgetragenen Prolog gab der Filialvorsitzende, Kollege T e m m l e r, einen Rückblick über die Entwicklung des Verbandes und gedachte besonders derer, die trotz aller Schwierigkeiten, oft unter großen persönlichen Opfern, das Banner der Organisation treu bewahrt haben. An 8 Kollegen konnte die Ehrenurkunde im Auftrage des Verbandsvorstandes für 25jährige treue Mitarbeit überreicht werden. Harte Kämpfe sind in den letzten Jahren für das notwendige Existenzminimum geführt worden. Die erreichten Erfolge müssen den jungen Kollegen ein Ansporn sein, dem Vorbild der Alten getreu am weiteren Ausbau der Organisation und der Befreiung der Arbeiterschaft mitzuwirken. Ein Vertreter des Ortsausschusses überbrachte die Glückwünsche der organisierten Arbeiterschaft und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern Verband und auf die internationale Arbeiterbewegung. Im darauf folgenden Teil des Festes wechselten Gesangs- und Musikvorträge wirkungsvoll ab, so daß dieser Tag allen Teilnehmern denkwürdig in Erinnerung bleiben wird.

Eingefandt.

Göppingen. In der Nummer 25 des „Maler“ werden die Anträge zur 19. ordentlichen Generalversammlung unserer Organisation veröffentlicht. Einige dieser Anträge befaßen sich auch mit den Gehalts- und Anstellungsverhältnissen unserer Gewerkschaftsangeestellten, und es ist ein selbstverständliches Recht der Generalversammlung, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Wenn dies aber in dem Geist gesehen würde, der aus dem Antrag Leipzig zu Punkt 2 der Tagesordnung spricht, dann könnten wir die Hoffnung auf einen weiteren Aufstieg unseres Verbandes ruhig begraben und wir hätten auch nichts besseres verbient. Denn aus diesem Antrag spricht meines Erachtens ein solch engbergiger, spießbürgerlicher und rückständiger Geist, daß sich ein auch nur einigermaßen fortschrittlich denkender Arbeiter dessen schämen sollte. Wenn ein dertartiger Antrag von Kollegen aus einem Dorfe kommen würde, das einige Jahrzehnte hinter den Gedankengängen der neuen Zeit herhinkt, so wäre das zu verstehen. Da aber derselbe von Kollegen einer Großstadt kommt, die in den andern Anträgen die Radikalen sein wollen, so läßt dieser eine Antrag nur der Vermutung Raum, daß entweder der Radikalismus dieser Kollegen aus Leipzig, wie so oft auch bei andern, sich nur in Worten zeigt, nicht aber tief in das Denken, Handeln und Fühlen eingedrungen ist, oder aber, daß bei Stellung des Antrages andere Gründe als das Wohl der Organisation maßgebend gewesen sind.

Es ist eine Tragik der arbeitenden Klasse, daß sie vielfach ihrer befähigten Köpfe verlustig geht. Haben sich diese in eine andere wirtschaftliche Stellung emporgeschwungen, so kehren sie meist der Arbeiterbewegung den Rücken. Nur wenn sie etwas tiefer von deren Idealen durchdrungen waren, dann dienen sie ihr vielleicht noch, wenn es ohne besonderen wirtschaftlichen Schaden abgeht, auf politischem Gebiet, auf wirtschaftlichem sind sie aber zumeist für die Arbeiterklasse verloren. Dort aber, wo die Arbeiterklasse in der Lage wäre, befähigte Köpfe auch auf wirtschaftlichem Gebiet an sich zu fesseln und sich dienstbar zu machen, da benimmt sie sich manchmal zugetunflücht als der brutalste, rückständigste Unternehmer. Am offensichtlichsten tritt dies bei den Gewerkschaften hervor. Von einem tüchtigen Gewerkschaftsangeestellten muß nach meiner Auffassung verlangt werden, daß er sowohl auf beruflichem als auch sozialpolitischem und verwaltungstechnischem Gebiet umfassende Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, daß er sowohl in der Lage ist, die Interessen des einzelnen Kollegen in den verschiedensten Angelegenheiten wahrzunehmen, wie er natürlich auch vor allen Dingen befähigt sein soll, wirtschaftliche Kämpfe zu führen und in Verhandlungen mit den Unternehmern die bestmöglichen Resultate zu erzielen. Dazu gehört dann allerdings etwas

mehr, als nur den Mund aufzureißen. Dann hat der Angestellte noch das Vergnügen, daß in den Versammlungen nicht bloß seine Tätigkeit oft in sehr wenig sachlicher Weise kritisiert wird, sondern daß ihm in geradezu abstoßender Weise seine Abhängigkeit von der Arbeiterschaft und sein Einkommen unter die Nase gerieben wird. Diesen „angenehmen Posten“ wollen dann die Leipziger Kollegen mit 10% über Tarif honorieren. Jedenfalls, damit es dem Inhaber desselben nicht zu wohl wird. Ob sich da noch viele wirklich befähigte Kollegen um einen dertartigen Posten bemühen werden, kann man mehr als bezweifeln.

Bezüglich der Veröffentlichung der Gehaltsverhöhung der Angestellten schwebt vielleicht den Leipziger Kollegen ein ähnliches Ideal vor, wie es bei der Erhöhung der Beamtengehälter gehandhabt wird. Von der Erhöhung der Forberung bis zur Aufzahlung der Erhöhung wird mindestens fünf bis sechsmal in den Zeitungen berichtet, so daß dann jeder Spießer und Steuerzahler mindestens fünf bis sechsmal Gelegenheit hat, sich über die „hohen Beamtengehälter“ zu entrüsten. Und im Endeffekt haben einige Proleten mit und ohne Stehtragen ein paar Mark im Monat Gehaltszulage erhalten, die schon längst wieder durch die steigende Teuerung wertlos geworden sind. Interessieren würde sich auch, wie die Leipziger Kollegen mit ihren Grundsätzen einmal durchkommen wollen, wenn sich, was wir jedenfalls doch alle erstreben, die Macht und der Einfluß unserer Organisation mehr und mehr steigert, wenn sie in der Zukunft, um auf der Höhe zu bleiben und ihren Aufgaben gerecht zu werden, Kräfte anstellen muß, die niemals aus den Reihen unserer Kollegen genommen werden können. Bereits sind bei andern Verbänden die ersten Anfänge hierfür vorhanden. Glaubt vielleicht ein Kollege, daß es einmal möglich wäre, tüchtige Akademiker, Volkswirtschaftler, Juristen usw. mit den von Leipzig vorgeschlagenen „Arbeitsbedingungen“ in den Dienst der Arbeiterorganisationen stellen zu können? Und diese werden früher oder später, wenn sie in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht vorwärts kommen wollen, in immer steigendem Maße zu dertartigen Maßnahmen greifen müssen. Glauben die Leipziger Kollegen, daß zur Führung und Verwaltung einer Gewerkschaft jeder Trottel genüge, wenn er nur gefinnungsstüchtig ist? Den Unternehmern predigen wir, daß die teuerste Arbeitskraft auch die billigste ist. Die „hellen“ Leipziger sind scheint's anderer Ansicht. Ihr Antrag ist nicht nur engbergig, spießbürgerlich, sondern direkt reaktionär, da er in seiner Wirkung jede Weiterentwicklung unseres Verbandes hemmen müßte. Nun, ich habe jedoch das feste Vertrauen, daß die große Mehrzahl unserer Delegierten auf der Generalversammlung die Auswirkungen der einzelnen Anträge auf das Organisationsleben klar erkennt.

Paul Müller.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Württembergische Malerbundestag fand am 16. und 17. Mai dieses Jahres in Stuttgart statt. Bei der Berichterstattung der Bundesleitung hob Herr H e n n i n g e r hervor, daß der Standpunkt des württembergischen Malerhandwerks sei: „Jeder ist seines Lohnes wert!“ Darum müßten die Gehilfenlöhne gerecht, aber um Gottes willen nicht zu hoch sein. — Ueber die „Höhe“ der Löhne, die zu einem menschenwürdigen Unterhalt notwendig sind, wird mit Unternehmern nie eine vollbefriedigende Lösung zu gewinnen sein, da eben zuviele Unternehmer noch Löhne als „gerecht und ausreichend“ bezeichnen, wenn sie den Arbeiter auch eben noch vor dem Verhungern sichern. — Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Der Beitrag für das Geschäftsjahr wurde auf 10 M pro Mitglied festgesetzt. Der wichtigste Punkt der Tagung war das Referat des Reichsbundvorsitzenden K r u s e über die gegenwärtigen wichtigsten Probleme im Malergewerbe. Eingehend besprach er die Entstehung der Reichshandwerksordnung und den vorliegenden Gesetzentwurf, die neue Reichsberdingungsordnung und das Genossenschaftswesen. Die Besprechung der Lohnbewegung in Stuttgart bildete ein besonderes Kapitel in dem Vortrage. Als unmöglich bezeichnete der Redner den Achtstundentag im Malergewerbe, jedoch könnten Veränderungen infolge des Widerstandes der Gehilfenschaft nicht erreicht werden. Auch die Ferienfrage sei noch nicht gelöst. Vorläufig habe man den Reichsstarifvertrag auf unbestimmte Zeit verlängert. Scharf kritisierte er das gegenseitige Ueberbieten der Löhne in der gegenwärtigen Konjunktur. Daß die Industrie gegen die vereinbarten Malerlöhne Einspruch erhoben habe, komme daher, weil sie befürchte, daß ihre Leute aus den Fabriken herausgezogen werden. Nach dem Vortrag war der geschäftliche Teil der Tagung erledigt.

Die Hauptversammlung des badischen Maler- und Ländnermeisterverbandes tagte am 23. und 24. Mai in Karlsruhe. In seinen Ausführungen zum Jahresbericht bemerkte der Geschäftsführer, Herr S c h m i t t, daß versucht werden müsse, die Arbeiten mehr auf das ganze Jahr zu verteilen. Die Bemühungen um Winterarbeit müßten fortgesetzt werden. Auf diese Weise würde der Abwanderung in die Industrie am besten vorgebaut werden. Daß der Achtstundentag für das Pfuschen herhalten mußte, ist bei solchen Zusammenkünften für uns nichts Neues mehr; Klappern gehört da zum Handwerk. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Da die Herren L a c r o i x und K e i f l e r auf eine Wiederwahl verzichteten, wurden der bisherige Kassierer S a a g zum ersten Vorsitzenden und H e n n i n g e r zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Das Referat des Herrn K r u s e bewegte sich in den gleichen Gedankengängen wie auf dem württembergischen Maler-tag. Auch hier begründete er das Verhalten des Reichsbundes bei den Lohnverhandlungen im Februar damit, daß es nur durch höhere Löhne möglich sei, die in die Industrie abgewanderten Maler wieder ihrem Verufe zuzuführen. Daß dies erreicht wurde, beweiße der Einspruch der Industrie gegen die Lohnhöhe. Mit dem Appell an die Anwesenden, daß mehr Gemeinheitsgeist und Opferwilligkeit bei den Handwerkern Platz greifen müsse, schloß der Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Die Herren L a c r o i x und K e i f l e r wurden zu Ehrenvorsitzenden ernannt.

